



Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 29

14. September 2017

Inhalt

dbb begrüßt Öffnungsaktion der PKV +++

dbb bundesfrauenvertretung: Zugang zu Führungspositionen für Teilzeitkräfte erleichtern +++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Koalitionsvertrag in NRW: dbb Familie zieht gemischt Bilanz +++

„Hamburger Modell“: dbb Landesbund wird „sehr genau prüfen“ +++

Steuerpläne zur Bundestagswahl: DSTG warnt vor "gigantischer Bürokratie" +++

OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“: DPHV und VBE sehen positive Signale +++

DPolG Bundespolizeigewerkschaft: Erfolgreicher Einsatz für schuss-sichere Helme +++

Namen und Nachrichten +++

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb begrüßt Öffnungsaktion der PKV

Der Fachvorstand Beamtenpolitik und stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb, Hans-Ulrich Benra, hat die Konkretisierung der Öffnungsaktion von Privaten Krankenversicherungen (PKV) als „wichtigen Beitrag“ begrüßt.

Bei der Öffnungsaktion handelt es sich um ein Angebot verschiedener Anbieter von beihilfefähigen PKV-Tarifen. Dabei profitieren „Beamtenanfänger“ mit Vorerkrankungen von einem erleichterten Zugang zu einer solchen Krankenversicherung. Stellen Beamte innerhalb von sechs Monaten nach der Begründung des Beamtenverhältnisses unter Berufung auf die Öffnungsaktion einen entsprechenden Antrag bei einem der Anbieter, haben sie und ihre Angehörigen damit einen Anspruch auf Aufnahme in normale beihilfekonforme Krankheitskostentarife. Zudem gelten weder ein Aufnahmehöchstalter noch Leistungsausschlüsse. Die Risikozuschläge werden außerdem auf höchstens 30 Prozent des tariflichen Beitrages begrenzt. Besonders für Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen wurde die Öffnungsaktion nochmals konkretisiert.

„Die Öffnungsaktion mildert Härten für Beamte mit Vorerkrankungen ab und trägt somit zu einem umfassenden Schutz für alle Kolleginnen und Kollegen bei. Nicht zuletzt wird damit das

Beihilfesystem insgesamt gestärkt und einmal mehr gezeigt, dass das bewährte Zusammenspiel aus Beihilfe und PKV alle Fantastereien über eine erzwungene Einheitsversicherung überflüssig macht“, so Benra.

Hintergrund:

Beamte erhalten Beihilfe, ein eigenständiges Krankensicherungssystem. Dabei wird der eine Teil der Aufwendungen für Krankheits-, Pflege- und Geburtsfälle sowie Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten und Schutzimpfungen vom Dienstherrn des Beamten übernommen. Zur Deckung des anderen Teils schließt der Beamte einen beihilfefähigen Tarif bei einem Anbieter für Private Krankenversicherungen ab.

Es gibt aber auch Beamte, die sich für eine freiwillige Versicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung entschieden haben und den Beitrag voll tragen. Auch diesen Personen bietet die Öffnungsaktion der privaten Krankenversicherung eine Alternative.

(01/29/17)

dbb bundesfrauenvertretung: Zugang zu Führungspositionen für Teilzeitkräfte erleichtern

Die Ergebnisse des Zweiten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung standen beim Spitzentreffen der Frauenverbände im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 7. September 2017 zur Debatte. Stellvertretend für die mehr als 400.000 weiblichen dbb-Mitglieder brachte die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung Helene Wildfeuer die Forderungen zur Verbesserung der Situation der überwiegend weiblichen Teilzeitbeschäftigten im öffentlichen Dienst in den Meinungs austausch ein.

Um weiblichen Beschäftigten den Zugang zu Führungspositionen zu erleichtern, müsse ein diskriminierungsfreies Beurteilungssystem installiert werden. „Teilzeit ist auch im öffentlichen Dienst die Karrierebremse Nummer eins. Wer die Arbeitsstunden für längere Zeit reduziert, wird nicht oder nur in Ausnahmefällen mit Spitzennoten bedacht und in der Folge später oder gar nicht befördert“, sagte Wildfeuer. Vor allem Frauen seien davon betroffen, da sie die überwiegende Mehrheit der Teilzeitbeschäftigten im öffentlichen Dienst ausmachten. Sie müssten nicht nur schlechtere Aufstiegsmöglichkeiten, sondern auch schlechtere Verdienstmöglichkeiten hinnehmen, die wiederum zu niedrigeren Alterseinkünften führten. „Aktuell

beträgt der Verdienstunterschied im öffentlichen Dienst acht Prozent“, betonte Wildfeuer.

Bereits im Vorfeld des Treffens hatte Wildfeuer die Bundesfrauenministerin Katarina Barley aufgefordert, ihre frauen- und familienpolitischen Vorhaben auch nach der Bundestagswahl bestimmt weiterzuverfolgen. „Das Gesetzesvorhaben zur Verbesserung der Qualität in Kitas und der Aktionsplan zur Aufwertung sozialer Berufe sind Projekte, die wir seit langem fordern. In der Umsetzung sehen wir einen konkreten Auftrag an die künftige Bundesregierung, egal wie diese zusammengesetzt sein wird“, machte Wildfeuer deutlich. Viele der adressierten Frauen kämpften in ihren Bran-

chen seit vielen Jahren für die nun angekündigten Maßnahmen wie etwa eine kostenfreie und vergütete Ausbildung, bessere Löhne und vielfältige berufliche Entwicklungschancen. Hier würden große Hoffnungen auf bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse geweckt. Diese zu enttäuschen, würde das Vertrauen in eine

ernstgemeinte Gleichstellungspolitik erschüttern. „Die künftige Bundesregierung muss der herausragenden Leistung dieser engagierten Frauen endlich Rechnung tragen“, so die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung. (02/29/17)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Koalitionsvertrag in NRW: dbb Familie zieht gemischt Bilanz

Nachdem einer ersten Bewertung durch den DBB NRW haben am 12. September 2017 die dort organisierten Mitgliedsverbände den Koalitionsvertrag der neuen Regierungskoalition aus CDU und FDP einer ausführlichen Prüfung unterzogen. Als Kernproblem vieler Bereiche des öffentlichen Dienstes sehen die Gewerkschafter demnach weiterhin den Personalmangel.

Alleine in der Finanzverwaltung würden etwa 1.000 Beschäftigte fehlen und auch die nordrhein-westfälischen Schulen hätten immer mehr Schwierigkeiten, qualifizierte Anwärter zu finden. Dass zunehmend versucht werde, dem akuten Lehrermangel mit Quereinsteigern zu begegnen, die keine pädagogische Ausbildung haben, werde skeptisch gesehen. Dagegen begrüßten die Lehrerverbände etwa den „Masterplan Grundschule“ und die geplanten Verbesserungen an den Berufsschulen. Gleichzeitig wiesen sie jedoch darauf hin, dass andere Schulformen dadurch nicht vergessen werden dürften.

Für „zumindest zeitweises Aufatmen“ habe bei den Gewerkschaftsvertretern die Tatsache gesorgt, dass keine Überarbeitung des Landespersonalvertretungsgesetzes in der aktuellen

Legislaturperiode geplant ist, denn zuletzt war eine Novellierung der schwarz-gelben Landesregierung mit massiven Verschlechterungen für die Personalräte verbunden.

Besonders kritisch wurden hingegen die im Koalitionsvertrag immer wieder durchscheinenden Privatisierungstendenzen gesehen. „Gerade in den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, wie wichtig der öffentliche Dienst für das Funktionieren des Staates ist“, so der dbb Landesvorsitzende Roland Staude. „Nun, da ein wenig Ruhe eingekehrt ist, sollte die Landesregierung nicht den Fehler machen, den öffentlichen Dienst durch Personalabbau und Privatisierung zu schwächen.“ (03/29/17)

„Hamburger Modell“: dbb Landesbund wird „sehr genau prüfen“

In der Diskussion um das geplante „Hamburger Modell“ zu den Wahlmöglichkeiten für die Beamten der Hansestadt bei der Krankenversicherung (dbb aktuell berichtete) hat der dbb hamburg im Gespräch mit Bürgermeister Olaf Scholz am 7. September 2017 deutlich gemacht, im Gesetzgebungsverfahren „die Vorlage sehr genau prüfen“ zu wollen. Der Erwartung des Bürgermeisters nach mehr Zustimmung könne man angesichts der zahlreichen ungeklärten Details nicht entsprechen.

Neben vielen weiteren Themen wiesen die Vertreter des dbb hamburg in dem Gespräch außerdem auf die Unzulänglichkeit der IT-Verfahren in der Hamburger Verwaltung hin. Es sei erschreckend, dass die betroffenen Beschäftigten mitunter minutenlang untätig vor ihren Bildschirmen sitzen müssten, um auf eine

Reaktion der Software zu warten. Hamburg bräuchte dringend eine Ausweitung der Leitungskapazitäten sowie einen flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes. (04/29/17)

Steuerpläne zur Bundestagswahl: DSTG warnt vor "gigantischer Bürokratie"

Im Vorfeld der Bundestagswahl hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Thomas Eigenthaler, im Handelsblatt (Ausgabe vom 8. September 2017) mit Blick auf einige Vorschläge der Parteien zur Steuerpolitik vor einer „gigantischen Bürokratie“ gewarnt. Er sprach sich gegen solche Konzepte aus, die das deutsche Steuerrecht noch komplizierter machen, als es ohnehin schon ist.

Insbesondere das geplante Baukindergeld bedeute "stärkste Verkomplizierung", so der DSTG Chef. Noch stärker als früher mit der "Eigenheimzulage" müssten die Finanzämter die persönlichen familiären Verhältnisse sowie die individuelle Nutzung von Grundstücken in einem Zeitraum von mindestens zehn Jahren überwachen. Die DSTG habe bereits mehrfach auf den Subventionscharakter, Mitnahmeeffekte, Trickereien mit Kaufvertragsdaten sowie auf den preistreibenden Faktor von derartigen Subventionen und die enormen Auswirkungen auf die Haushalte von Bund und Ländern hingewiesen.

Auch vom Vorschlag der Grünen, künftig „Reparaturleistungen“ zum Abzug zuzulassen, um einer Reparatur gegenüber einer Neuanschaffung den Vorzug zu geben, hält DSTG Bundesvorsitzende nichts: "Kaum durchführbar und missbrauchsanfällig." Der Plan für ein „Familien-Budget“ sei möglicherweise gut gemeint, aber problematisch: "Wer verwaltet das? Ein neues Rechtsgebiet? Neue Steuer-

Software? Was, wenn Eltern getrennte Wege gehen?"

Vorschläge einiger Parteien aus der Vergangenheit, die Bemessungsgrundlage der Sozialversicherung auf Mieten, Pachten, Kapitalerträge und andere Einkünfte auszudehnen, erteilte Eigenthaler ebenfalls Absage. „Dann wird neben der Steuererklärung gegenüber dem Finanzamt eine weitere Abgabenerklärung der Arbeitnehmerschaft gegenüber der Sozialversicherung nötig. Ich halte das für nicht durchführbar.“ Man müsse in diesem Falle, einen riesigen Datentransfer vom Finanzamt zur Sozialversicherung organisieren. Im Übrigen erhöhe dies die Sozialversicherungsbeiträge einseitig zu Lasten der abhängigen Beschäftigten.

Ferner wies Eigenthaler erneut auf das Problem „Neubewertung“ der Grundstücke hin, das die Finanzämter vor derzeit nicht lösbare Probleme stelle, da über 35 Millionen Grundstücke in Deutschland neu bewertet werden müssten. (05/29/17)

OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“: DPHV und VBE sehen positive Signale

In der Studie „Bildung auf einen Blick 2017“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sehen der Deutscher Philologenverband (DPHV) und der Verband Bildung und Erziehung (VBE) einige positive Signale, wie die beiden die dbb Mitgliedsgewerkschaften am 12. September 2017 mitteilten.

Insgesamt sei die Studie ein Kompliment für das deutsche Bildungswesen, betonte der DPhV-Bundesvorsitzende Heinz-Peter Meidinger. Dies zeige sich etwa darin, dass in Deutschland nur ein vergleichsweise geringer Anteil der jungen Menschen weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung sei. Sorge bereite ihm aber der Anstieg der Studienanfänger in Deutschland von 2005 bis 2015 von 43 auf 63 Prozent: „Das ist der höchste Anstieg im Vergleich aller OECD-Länder. Wir befürchten, dass dieser unkontrollierte starke Anstieg, bei dem hinter vielen Studienberechtigungen keine Studienbefähigung mehr steht, den jetzt schon schmerzhaft spürbaren Mangel an Lehrstellenbewerbungen und Facharbeitern

in Deutschland noch verstärken wird“, so Meidinger.

Der VBE-Bundesvorsitzenden Udo Beckmann zeigte sich erfreut darüber, dass die Bedingungen für Sekundarschullehrkräfte attraktiver werden und der Anteil der Lehrkräfte über 50 Jahren in den letzten zehn Jahren um sieben Prozentpunkte gesunken ist. „Das sind positive Signale. Wichtig ist nun, weitere Kraftanstrengungen zu unternehmen, damit alle Lehrkräfte gleichermaßen von guter Bezahlung und attraktiven Bedingungen an Schulen profitieren können“, erläuterte Udo Beckmann. Die moneitär ausgedrückte Wertschätzung Grundschul-lehrkräfte lasse in Deutschland deutlich zu

wünschen übrig, obwohl gerade Kinder im Grundschulbereich intensive pädagogische Begleitung benötigten, die von dafür besonders gut qualifiziertem Personal geleistet werden müsse. „Bildungs- und Erziehungsarbeit mit kleinen Kindern muss endlich die gleiche

Wertschätzung erfahren, wie die Arbeit mit Schülerinnen und Schülern in der Sekundarstufe II“, sagte der VBE Chef. (06/29/17)

DPOIG Bundespolizeigewerkschaft: Erfolgreicher Einsatz für schusssichere Helme

„In jeden Streifenwagen und auf jede Dienststelle der Bundespolizei gehören neben hochklassigen Schutzwesten und einer angemessenen Bewaffnung auf jeden Fall auch schusssichere Helme.“ Auf diese langjährige Forderung des Vorsitzenden der DPOIG Bundespolizeigewerkschaft hat das Bundespolizeipräsidium nun reagiert und für die nächsten Jahre etwa zweieinhalbtausend ballistische Schutzhelme für ihre Kontroll- und Streifenbeamten von der Bundeswehr ausgeliehen, die zeitnah ausgeliefert werden sollen.

Ernst G. Walter, Vorsitzender DPOIG Bundespolizeigewerkschaft, dankte am 12. September 2017 sowohl dem Bundespolizeipräsidium als auch der Bundeswehr und begrüßte die Beschaffung als ersten „Schritt in die richtige Richtung“. Zugleich mahnte er: „Die Bundespolizei muss jetzt die weiteren Schritte unterneh-

men, um so schnell wie möglich eine wesentlich umfangreichere eigene Ausstattung mit ballistischen Helmen hinzubekommen, welche über einen entsprechenden modernen Standard mit hoher Schutzklasse und zugleich aber auch hohen Tragekomfort verfügen.“ (07/29/17)

Namen und Nachrichten

Der dbb mecklenburg-vorpommern hat sich am 12. September 2017 in einem Schreiben an die Abgeordneten der Rostocker Bürgerschaft für die Beibehaltung des eigenständigen Beihilfesystems für Beamte eingesetzt. Hintergrund ist ein Antrag der Fraktion der SPD, den Bürgermeister damit zu beauftragen, sich für die Einführung eines Arbeitgeberzuschusses zur gesetzlichen Krankenversicherung für kommunale Beamte einzusetzen. Vorlage sollen dabei die geplanten Regelungen in Hamburg (dbb aktuell berichtete) sein. Der dbb Landesvorsitzende **Dietmar Knecht** wies darauf hin, dass das Hamburger Modell, welches noch keinen Gesetzescharakter habe, rechtlich keinen Bestand haben werde, da es mit Bundesrecht kollidiere.

Beim Parlamentarischen Abend des dbb schleswig-holstein am 7. September 2017 hat der dbb Landesvorsitzende **Kai Tellkamp** ein Signal der Politik fehle, das Verantwortungsbewusstsein für eine funktionsfähige Verwaltung erkennen lasse. Überfällig seien zum Beispiel Korrekturen beim Weihnachtsgeld und bei der Arbeitszeit, wo vor über zehn Jahren bei den Beamten empfindliche Eingriffe vorgenommen worden seien. Dies stehe symbolhaft für die

aktuelle Situation im öffentlichen Dienst, sowohl bei Beamten als auch bei Tarifbeschäftigten: Extrem hohe Belastung und schwächelnde Bezahlung. Korrekturbedarf bestünde auch bei der Befristungspraxis und bei den Verwaltungsstrukturen.

Der **dbb sachsen-anhalt** hat am 11. September 2017 drauf hingewiesen, dass die rückwirkende Anhebung der Beamtenbesoldung und der Anwärterbezüge zum 1. Januar 2017 um zwei Prozent (jedoch mindestens um 75 Euro monatlich) voraussichtlich mit den Novemberbezügen ausgezahlt wird. Weil die Landesregierung das umfangreiche Artikelgesetz erst in die September-Landtagssitzung einbringen werde, könne der Finanzausschuss des Landtages frühestens im Oktober einer vom Finanzminister vorgeschlagenen Vorgriffs-Regelung zustimmen.

Die Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPV-KOM) hat sich am 11. September erneut gegen die geplante Einschränkung der Briefzustellung durch die Deutsche Post ausgesprochen. In der Sendung „Tagesgespräch“ des Bayerischen Rundfunks zeigte sich der DPV-KOM-Bundesvorsitzende **Volker Geyer** davon

überzeugt, dass die Reduzierung der Zustell-
tage zigtausende Arbeitsplätze gefährdet wür-
den. Es handele sich dabei um ein Einsparpro-
gramm auf dem Rücken der Beschäftigten. Die
DPVKOM werde daher alles dafür tun, das zu
verhindern.

Mit einem bundesweiten „Tag des Zugperso-
nals“ hat die **Gewerkschaft Deutscher Loko-
motivführer** (GDL) am 12. September 2017

ihren Anspruch als Interessenvertretung der
Lokomotivführer, Zugbegleiter und Bordgastro-
nomen unterstrichen. In den Bahnhöfen zahl-
reicher Städte waren dazu Ansprechpartner
aus allen Bereichen der GDL mit Infoständen
präsent und gaben Auskunft zu allen gewerk-
schafts-, tarif- und verkehrspolitischen Fragen.
(08/29/17)

Kommende Termine:

- 4. Seniorenpolitische Fachtagung 2017: „Gesund alt werden – von nix kommt nix“
25. September 2017, Berlin
- 12. dbb Medienkonferenz "Alternativlose Fakten – Gefährden Fake News und Bots die Pro-
grammqualität?"
4. Oktober 2017, Berlin
- dbb Gewerkschaftstag 2017
19. - 21. November 2017, Berlin